

Erklärung der Konservativen.

Der Engere Vorstand der deutsch-konservativen Partei hat gestern in Berlin getagt und einstimmig folgende Entschliebung angenommen:

„Der Engere Vorstand der konservativen Partei gibt den ernststen und schwersten Bedenken Ausdruck, mit denen ihn das Verhalten und der anscheinend stets wachsende Einfluß der Sozialdemokratie erfüllen.

Der traurige Erfolg, daß deutsche Arbeiter während der blutigsten und größten Entscheidungsschlacht der Weltgeschichte sich durch eine verbrecherische Hebe aus dem Lager der Unabhängigen sozialdemokratischen Partei bewegen ließen, die Arbeit zur Herstellung des nötigen Rüstzeuges für unsere kämpfenden Brüder niederzulegen, hätte nicht erzielt werden können, wenn von anderer Seite für die nötige Aufklärung gesorgt und der Vorbereitung des Streiks mit der erforderlichen Entschiedenheit entgegengetreten worden wäre.

Der Parteibeschluß der Sozialdemokraten, in dem verlangt wird, daß der Friede nach den Forderungen der sozialdemokratischen Internationale ohne Erwerbungen und ohne Entschädigung alsbald auf gemeinsamer Friedenskonferenz beschlossen werden soll, würde unser Vaterland, wenn er zur Durchführung gelangte, dem Abgrunde zuführen. Er würde uns der Möglichkeit eines Friedens berauben, der den unermesslichen Opfern und den glänzenden Waffentaten unserer über alles Lob erhabenen siegreichen Heere und unserer Flotte entspricht, die gedeihliche Entwicklung unseres Vaterlandes unter einer starken Monarchie gewährleistet und durch ausreichende Entschädigung uns die Möglichkeit gibt, die Wunden des Krieges zu heilen. Nur für einen solchen siegreichen deutschen Frieden können wir eintreten.

Wir vermissen eine klare und entschiedene Stellungnahme der Reichsregierung gegen die Rundgebung der Sozialdemokratie. Die Ereignisse zeigen aufs neue, daß eine Politik fortgesetzten Nachgebens gegen unberechtigte sozialdemokratische Forderungen nicht die Einigkeit und Geflossenheit des Siegeswillens in unserem Volke fördert. Wohl aber birgt sie die schwere Gefahr in sich, daß durch andauernde Schwächung unserer monarchischen Einrichtungen und durch völlige Demokratisierung unseres Staatswesens die Zukunft des Reiches im Inneren schwer geschädigt wird.

Um so dringender und unabweisbarer erscheint uns die Pflicht aller unserer Parteifreunde in Stadt und Land, fest und treu zu unseren bewährten Grundsätzen zu stehen, ihre ganze Kraft aber und ihren vollen Einfluß dafür einzusetzen, daß unser Volk in pflichtvoller Opferwilligkeit und in festem, zuversichtlichem Siegeswillen sich des Heeres und der Flotte würdig erweist.“